

Antrag

der Abgeordneten Laimer, Dr. Bösch, Hoyos-Trauttmansdorff
und weiterer Abgeordneter
betreffend Schutz und Hilfe für das Bundesheer

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärung der Bundesministerin für Landesverteidigung Tanner in der 40. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 30. Juni 2020

Dass die Kurz-ÖVP das österreichische Bundesheer nicht nur finanziell ausbluten möchte und besonders die derzeitige ÖVP-Verteidigungsministerin Tanner die Soldatinnen und Soldaten eigentlich nur mehr für „Eigen-PR samt schöner Fotos“ benötigt, zieht sich wie ein schwarzer Faden durch die letzten Monate. Die ÖVP nimmt das Heer nicht ernst. Das Heer soll nach ÖVP-Strategie ohne Expertenanalysen und ohne öffentliche Debatte über die langfristige Sicherheitssituation in Aufgaben und Umfang an das niedrige Budget angepasst werden. Ein derartiger Kurs würde aber weniger Bundesheer, Auflösung von Brigaden, weniger einsetzbare Soldatinnen und Soldaten, weniger Geräte, weniger Ausbildung und damit einen massiven Fähigkeitsverlust bedeuten und obendrein wäre das ein klarer Bruch der Verfassung.

Schon im letzten ORF-Sommergespräch konnte man erahnen, wie der Weg der Kurz-ÖVP im Bereich der Landesverteidigung aussehen wird. Auf die Frage, ob der ÖVP-Chef ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Bundesheer unterstützen würde, antwortete Kurz, dass er dies nicht unterstützen könnte, weil das das Budget sprengen würde. Wortwörtlich meinte er: *„Wir sind kein NATO-Land, wir sind ein sehr friedliches, neutrales Land, wir brauchen eine funktionierende Landesverteidigung, aber nicht jetzt durch eine Verdoppelung der Budgetmittel. Es haben sich die Sicherheitsbedrohungen verändert und man kann nicht mehr überall gleich viel investieren, sondern man muss vor allem in neuen Bereichen investieren. Wir müssen besser werden bei der Cyber-Sicherheit und vielleicht ist der Panzerkampf im Weinviertel nicht mehr das Zukunftsbedrohungsszenario.“*

Seit der Angelobung der türkis – grünen Bundesregierung haben die drei Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und Neos bereits zwei gemeinsame Anträge zum Bundesheer eingebracht, um den politischen Schulterschluss für das Österreichische Bundesheer und für die Sicherheit Österreichs zu dokumentieren. Ein Antrag betreffend ‚dringend notwendige Erhöhung des Bundesheerbudgets‘ und einer betreffend ‚Beseitigung der Entlohnungsungerechtigkeiten von Soldaten im COVID-Einsatz‘ wurden im Parlament eingebracht – und von Schwarz-Grün abgelehnt. Wie immer ging es der ÖVP nur um die ÖVP und nicht um die Sicherheit oder um unser Heer. Bundesministerin Tanner geht es nicht um die Sicherheit des Landes, sondern nur um die Sicherheit des Sebastian Kurz.

Endgültig das Fass zum Überlaufen brachten aber nun die am 24. Juni 2020 bekanntgewordenen radikalen Reformpläne für das Bundesheer. Entweder war es ein plumper Versuch von der Befragung des Bundeskanzlers im Untersuchungsaus-

schuss abzulenken, oder es wurde mit einer sehr tendenziösen Umfrage Wehrpolitik gemacht. Beides ist zu verachten.

Es kann nicht sein, dass eine Verteidigungsministerin einfach den gemeinsamen Schulterschluss aller Parteien im Nationalrat, den Appell des Generalstabschefs vom März 2019 sowie dessen Fortschreibung im Bericht ‚Unser Heer 2030‘ und damit die Bemühungen von drei Bundesministern für Landesverteidigung Doskozil, Kunasek und Starlinger beinhaltet ignoriert. Wir erleben dafür ein schönreden der Bedrohungsszenarien durch die ÖVP. Tanner verhöhnt mit einem pseudo Strategiepapier „Vision Landesverteidigung 2020“ bzw. jetzt umgetauft auf „Unser Heer“ unsere Soldatinnen und Soldaten. Die Vorschläge bedeuteten de facto die Abschaffung der militärischen Landesverteidigung und damit einen Bruch der Bundesverfassung.

In großer Sorge um unsere Heimat bringen die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Österreich auch weiterhin zum verfassungsrechtlich verankerten Schutz des Landes und seiner Bürger und Bürgerinnen ein einsatzfähiges und modern ausgerüstetes Bundesheer hat, welches die verfassungsrechtlich vorgegebene Aufgabe der militärischen Landesverteidigung erfüllen kann. Dazu ist ein Budget von mindestens drei Milliarden Euro jährlich unbedingt notwendig; die Kernkompetenzen und Fähigkeiten der Streitkräfte müssen erhalten bleiben und das Bundesheer darf nicht nur auf Assistenzeinsätze reduziert werden.“

Bauer



Kreuzer

Robert Hof

A. Per

